

FORUM

Das Führungstrio Deutschland – Frankreich – Großbritannien: Europas zentrales Problem?

William Wallace*

Deutschland ist aus der Sicht der führenden politischen Entscheidungsträger in Großbritannien die zentrale Macht Europas. Eine kohärente politische Führung innerhalb der deutschen Regierung ist daher von wesentlicher Bedeutung für das politische und wirtschaftliche *Policy-Making* in Europa. Auch andere Mitgliedstaaten der Europäischen Union können Initiativen ergreifen oder neue Aspekte auf die Tagesordnung setzen, ohne die Unterstützung oder zumindest das Einverständnis der deutschen Regierung werden sie damit aber nicht erfolgreich sein.

Nun droht Deutschland aus Londoner Sicht zu Europas zentralem Problem zu werden. Noch schwerer wiegt die Tatsache, dass die Lähmung der französischen Politik und die Inkohärenz des italienischen Regierungshandelns eine konstruktive Debatte europaweit blockieren könnten. Die französische Ablehnung des europäischen Verfassungsvertrages (VVE), gefolgt vom Krankenhausaufenthalt von Präsident Chirac (einem starken Symbol seiner politischen Schwäche), scheint Paris der Hoffnung auf eine kohärente Regierung bis zu den nächsten Präsidentschaftswahlen 2007 beraubt zu haben. In Italien blockiert die Konkurrenz zweier schwacher Koalitionen auf der Rechten und der Linken innenpolitische Reformen, wodurch auch konstruktive Beiträge zur multilateralen europäischen Politik verhindert werden. Wie die Regierung Berlusconi in Italien schien auch die von Schröder geführte Bundesregierung eine Koalition mit Auflösungserscheinungen zu sein, mit einem Regierungschef, der zuletzt erheblich versierter in der Attacke politischer Gegner war, als darin, sein eigenes Lager von der Notwendigkeit politischer Veränderungen zu überzeugen. Eine neue Regierung in Berlin könnte zumindest den Druck auf Paris und Rom zur Zusammenarbeit im Hinblick auf die politische Agenda der nördlichen Nachbarn verstärken. Schwäche in Berlin würde hingegen die Unsicherheit in Paris und die Verantwortungslosigkeit in Rom weiter verstärken.

Entfremdung der Regierungen

Alle britischen Parteien haben den intensiven Kontakt zur letzten deutschen Regierung verloren, auch weil das Vertrauen geschwunden war. Die aufregenden Tage der Konferenzen zum ‚Dritten Weg‘, bei denen britische und deutsche Sozialdemokraten gemeinsam nach einem neuen Gleichgewicht zwischen sozialer Gerechtigkeit und marktwirtschaftlichem Wettbewerb suchten, fanden bereits vor fünf Jahren ein Ende. Die persönlichen Beziehungen zwischen Blair und Schröder wurden zusehends distanziert, bisweilen sogar feindselig. Britische Kommentatoren konnten weder nachvollziehen, warum der deutsche Kanzler so häufig der tief konservativen Agenda des Präsidenten Chirac nachgegeben hat, noch warum er seine eigene ‚*special relationship*‘ mit dem russischen Präsidenten Putin so sehr forcierte. Natürlich gab es Fehler auf beiden Seiten. Blair soll Schröder zugesichert haben, dass es

* Prof. William Wallace, Department of International Relations, London School of Economics; Lord Wallace of Saltaire.

kein Referendum über den VVE in Großbritannien geben würde, aber dann informierte er den deutschen Bundeskanzler nicht über seinen Sinneswandel. Blairs persönliches Engagement zur Unterstützung des amerikanischen Präsidenten Bush im Zuge des Irak-Kriegs war für deutsche Sozialdemokraten genauso schwer nachvollziehbar wie für viele britische Politiker. Joschka Fischer blieb für viele Beobachter in London ein ‚Held‘, da er nahezu als einzige politische Figur in Europa die Fähigkeit besaß, langfristige politische Themen aus einem gesamteuropäischen Blickwinkel anzugehen. Dennoch hofften alle politischen Kräfte Großbritanniens auf einen entscheidenden Wechsel in Berlin.

Blairs europapolitische Agenda

Damit soll nicht der Eindruck entstehen, dass die britische Regierung eine klare europapolitische Agenda verfolgt. Die tiefe Mehrdeutigkeit der britischen Außenpolitik besteht weiter: zwischen der ‚*special relationship*‘ mit den Vereinigten Staaten, unabhängig davon, welche Partei das Weiße Haus kontrolliert, und dem Bekenntnis zur EU; zwischen Verteidigung der Souveränität und der Einsicht zu akzeptieren, dass Großbritannien ohne enge Partner nicht länger eine aktive Rolle in der globalen Politik spielen kann; zwischen der Loyalität zur NATO und der wachsenden Betonung einer engeren europäischen militärischen Zusammenarbeit. Die britische Debatte über das Ob und Wann eines möglichen Beitritts zur Wirtschafts- und Währungsunion ist zu einem Stillstand gelangt. Einer skeptischen britischen Öffentlichkeit ist nicht zu vermitteln, dass die nationale Wirtschaft vom Beitritt zu einem Währungsraum profitieren könne, in dem das Wirtschaftswachstum über die letzten zehn Jahre zumeist deutlich geringer ausfiel als in Großbritannien. Die Hürden für eine britische Mitgliedschaft werden noch durch das offensichtliche Verwirrspiel über die fiskalischen Grundregeln der Eurozone erhöht, jetzt, da selbst die Deutschen gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt verstoßen, auf dessen Einführung ihre Vorgängerregierungen nachdrücklich bestanden hatten. Die Regierung Blair hat zudem kaum Anstrengungen unternommen, der britischen Öffentlichkeit die grundlegende Logik der europäischen Integration zu erklären. Noch nicht einmal die Verbindungen zwischen britischen Polizei- und Anti-Terror-Maßnahmen und denen der Partner jenseits des Kanals wurden aufgezeigt. Der Kollaps des VVE und die anschließende Absage des britischen Referendums, haben es leicht gemacht, eine innenpolitische Debatte über die Europapolitik zu vermeiden.

Jenseits einer oberflächlichen Betrachtung der britischen Regierung haben aber in den letzten Jahren bemerkenswerte Veränderungen in der europapolitischen Einbindung Großbritanniens stattgefunden. Im verteidigungspolitischen Bereich haben britische Beamte und Offiziere die Umsetzung einer gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) vorangetrieben, zunächst mit der Forderung nach verbesserten militärischen Fähigkeiten, dann nach integrierten Gefechtsverbänden (*battle groups*), die innerhalb kürzester Zeit außerhalb Europas einsetzbar sein sollen. Die Briten unterstützten beispielsweise die Aufstellung eines gemeinsamen skandinavischen Gefechtsverbandes. Die Europäisierung der britischen Justizvollzugsbehörden war ein erstaunlicher Transformationsprozess. Große Teile des Innenministeriums widmen sich mittlerweile EU-Angelegenheiten. Verbindungsoffiziere zu den britischen Polizei- und Zollbehörden sind allen britischen Botschaften angeschlossen, britische Staatsanwälte tauschen Beweismaterial mit Kollegen aus ganz Europa aus. Allerdings findet sich kaum etwas davon in der Berichterstattung der britischen Medien wieder: Das Image reformfeindlicher kontinentaleuropäischer Regierungen, die sich an Agrarsubventionen, finanziert vom britischen Steuerzahler, festklammern, dominiert weiterhin die Presse.

Schwierige Partnersuche für gemeinsamen Reformnarrativ

Woran es der britischen Regierung mangelt, ist ein Partner, mit dem sich ein gemeinsamer Narrativ des europäischen Reformprozesses entwickeln ließe, das der britischen Öffentlichkeit helfen würde mit der grundlegenden Logik der europäischen Integration in Einklang zu sein. Für den Fall einer Kanzlerschaft von Frau Merkel gibt es hier entsprechende Erwartungen, ebenso für den Fall einer 18 Monate später folgenden Wahl von Nicolas Sarkozy zum französischen Präsidenten. Immerhin arbeiten die drei Regierungen in begrenzten Feldern weiterhin eng zusammen, wie etwa bei den gemeinsamen diplomatischen Bemühungen der britischen, französischen und deutschen Außenminister im Verhältnis zum Iran. Nötig gewesen wären aber verbesserte persönliche Beziehungen an der Spitze und ein gemeinsames Verständnis der Herausforderungen der Globalisierung, des demografischen Wandels und des technologischen Wandels für die europäische Wirtschaft und die nationalen Wohlfahrtsstaaten.

Als Tony Blairs Regierung 1997 antrat, schien die Erweiterung der deutsch-französischen Partnerschaft zu einer kollektiven Führung durch die drei mächtigsten Mitgliedstaaten eine realistische Aussicht zu sein. Deutsche Sozialdemokraten und britische Labour-Politiker erforschten gemeinsame Themenschwerpunkte, und Peter Mandelson, damals einer der engsten Berater von Blair, war ein besonders häufiger Gast in Deutschland. Blair, der erste britische Premierminister seit Harold Macmillan, der fließend Französisch spricht, bemühte sich gleichermaßen um enge Verbindungen zur damaligen ‚cohabitation‘ zwischen Chirac und der sozialistischen Regierung in Paris, unter anderem durch eine sehr positiv aufgenommene Rede vor der französischen Nationalversammlung. Leider gelangte Blair nie zu einer guten Verständigung mit Lionel Jospin, einem Sozialisten traditioneller Prägung, der den sozialdemokratischen Modernisierern misstraute. Präsident Chirac empfand diesen energischen jungen Briten unglücklicherweise als Herausforderung für sein eigenes Selbstbild als führender Staatsmann Europas. Er weigerte sich, Blair als gleichwertigen Partner zu behandeln, beschwerte sich seinen Mitarbeitern gegenüber, dass Blair ihm nicht genügend Respekt entgegenbringe und bezichtigte Blair bekanntermaßen eines rüden Umgangs, als beide verschiedener Meinung über den Agrarprotektionismus und daraus resultierende negative Folgen für ärmere Länder waren. Die eher schrittweise Verschlechterung der guten Beziehungen zwischen Großbritanniens Labour-Regierung und den deutschen Sozialdemokraten – und die Entfremdung in den persönlichen Beziehungen zwischen Blair und Schröder – beendete die Hoffnungen, dass ein neuer Motor der europäischen Integration durch diese drei Hauptstädte angetrieben werden würde. Es ist ein Teil der Tragödie europäischer Politik, dass persönliche Beziehungen zwischen Spitzenpolitikern ungeachtet ihrer Parteizugehörigkeit sehr wichtig sind, dass sich aber genau diese Beziehungen zwischen den Regierungschefs der größten europäischen Staaten häufig als so schlecht erwiesen haben.

Ungewisse britische Europapolitik

Wie sollte es weitergehen? Deutsche Leser verstehen sehr gut, dass London, genau wie Berlin, unter der Verwirrung über verschiedene politische Optionen und wirklichkeitsverzerrende öffentliche Stereotypen über europäische Nachbarn und die Europäische Union als Ganzes leidet. Die britische Regierung ist eine im Zaum gehaltene Koalition – zwischen den Traditionalisten von ‚Old Labour‘ und den Modernisierern von ‚New Labour‘ sowie zwischen Anhängern von Blair und Brown. Auch die britische Regierung nähert sich einer Phase der Ungewissheit. Blair kündigte an, innerhalb der nächsten drei Jahre zurückzutreten, vermutlich um Brown zu weichen. Gordon Brown hat sich weder für lange Sitzungen mit

anderen Finanzministern der Union erwärmen können, noch legte er die Grundlage für gute Beziehungen zu führenden Politikern in Berlin, Paris, Rom oder Brüssel. Die politische Stimmung in Großbritannien ist über alle drei Parteien hinweg sowohl durch eine Desillusionierung über die USA und die innen- und außenpolitische Richtung unter Präsident Bush geprägt, als auch durch eine düstere Einschätzung der möglichen Vorteile, die eine Kooperation mit schwachen Regierungen auf dem europäischen Kontinent bieten könnte, gekennzeichnet. Die Erfahrung im Verfassungskonvent, dass selbst eine aktive britische Beteiligung an den Verhandlungen nicht verhindern konnte, dass eine Brüssel-zentrierte Elite den alten Acquis in den VVE einbezieht und eine Rückverlagerung einiger sehr detaillierter Regulierungen auf die mitgliedstaatliche Ebene abblockt, hat britische Unterstützer einer engeren europäischen Integration nicht ermutigt. Ein Grund dafür, dass aus London nur wenige konstruktive Beiträge zur Gestaltung der europäischen Agenda in Vorbereitung sind – sieht man einmal von der erfolgreichen Rede von Blair im Europäischen Parlament zu Beginn der britischen Ratspräsidentschaft in diesem Sommer ab – ist der geringe Optimismus, dass britische Vorschläge überhaupt etwas in Europa voranbringen können.

Deutsche Europapolitik – Erwartungen

Die neue deutsche Regierung sollte den europäischen Nachbarn ihre politischen Absichten in drei Dimensionen erklären. Die erste und wichtigste Dimension ist ihre Politik im Innern: Es geht um den Ansatz der neuen Regierung, die Arbeitslosigkeit zu verringern, den Aufschwung in den östlichen Bundesländern zu bewerkstelligen und das Wirtschaftswachstum ohne die Ausweitung des Budgetdefizits anzustoßen. Zweitens geht es um ihre Außenpolitik, vor allem gegenüber Russland – wo britische Beobachter Schröder als zunehmend einseitig und beeinflusst durch die persönliche Beziehung zu Putin beschrieben haben – und gegenüber den USA, wo der enthusiastische Atlantizismus einiger der Berater Merkels britische Politiker fast so besorgt werden lässt wie der populistische Anti-Amerikanismus, dessen Schröder sich bedient hatte. Die dritte, europapolitische Dimension liegt dazwischen. Es macht wenig Sinn, etwa eine gemeinsame Außenpolitik zu befördern, während gleichzeitig gegenüber Russland bilateralen Beziehungen der Vorzug gegeben wird, oder eine Wirtschaftsunion einzugehen, wenn man zur gleichen Zeit gegen gemeinsam beschlossene Regeln der Fiskalpolitik verstößt.

Britische wie auch andere Beobachter erwarten von der deutschen Europapolitik eine Verbindung der nationalen Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik mit internationalen Prioritäten, an Stelle eines bloß rhetorischen Bekenntnisses zum Ausbau der Institutionen, dem die Unterfütterung durch Schritte auf der Policy-Ebene fehlt. Die Briten hoffen zudem, dass die deutschen Minister, angefangen bei dem (der) neuen Kanzler(in), darüber nachdenken, welche Implikationen ihre Entscheidungen für die Nachbarstaaten Deutschlands und die gesamte Europäische Union haben. Schließlich liegt Deutschland im Zentrum Europas, und die deutsche Wirtschaft ist das Herz der europäischen Wirtschaft. Wir alle brauchen eine starke deutsche Wirtschaft und eine selbstbewusste deutsche Regierung – fürchten aber, dass wir im nächsten Jahr und möglicherweise auf längere Sicht beides nicht bekommen könnten.

Übersetzung aus dem Englischen von Timo Goosmann.